

Die Friedensgespräche in Havanna sind mit dem Thema Verfassung und Wahlen in die entscheidende Phase getreten. Die Verhandlungen werden am 18.8. wieder aufgenommen. Mittlerweile gelangen Informationen über die Vorschläge beider Seiten an die Öffentlichkeit. EL ESPECTADOR berichtet am 9.8.2013 über Forderungen der FARC:

Die FARC besteht auf einen "Umbau" des Kongresses, um damit die Korruption zu beenden

Die Guerrilla schlägt vor, dem Repräsentantenhaus eine regionale Struktur zu geben. Sie besteht auf der Schaffung einer Territorialkammer, die die gegenwärtige Kammer der Repräsentanten ersetzen soll, um dadurch eine stärkere Teilhabe der Regionen zu erreichen. Dies ist Teil ihrer Vorschläge bei den Friedensverhandlungen in Havanna.

Am Freitag präsentierte die FARC eine Serie von Initiativen, darunter Details einer neuen territorialen und rechtlich-politischen Ordnung, die eine "Dezentralisierung" und "Demokratisierung" der traditionellen Strukturen ermöglichen soll.

Konkret heißt das, dass die Aufständischen ihren Vorschlag erneuerten, wonach eine solche Territorialkammer (ähnlich dem US-Senat, A.d.Ü.) das gegenwärtige Repräsentantenhaus ersetzen soll und dass ihre Abgeordneten in regionalen Wahlkreisen (Departements) und innerhalb bestimmter Gruppen (Kleinbauern, indigene oder afrokolumbianische Gruppen) gewählt werden sollen.

Die vor der Presse im Kongresszentrum in Havanna durch den FARC-Vertreter Rodrigo Granda verlesene Erklärung führte genauer aus, dass jeder Wahlkreis vier Abgeordnete entsenden sollte, dazu je fünf von den bestimmten Gruppen gewählt werden sollten sowie weitere 20 Sitze nach bestimmten bevölkerungsbezogenen Kriterien.

Tellez, "Außenminister" der FARC, betonte, dieses System solle die politische Mitwirkung der FARC ermöglichen und garantieren, sowie die jener Parteien oder Bewegungen, die als Ergebnis eines eventuellen Friedensabkommens entstehen könnten.

Derzeit besteht der Kongress aus besagter Repräsentantenkammer, die bereits nach dem Territorialprinzip gewählt wird, denn ihre Mitglieder werden auf Departementsebene gewählt. Hinzu kommt der Senat, gewählt auf nationaler Ebene.

Unter anderem schlägt die FARC auch die Schaffung eines "Finanzausgleichsfonds" vor, um die regionalen Ungleichheiten zu überwinden. Dieser soll hauptsächlich durch Steuererhöhungen für große Steuerzahler und eine besondere Grundsteuer auf brachliegende Agrarflächen finanziert werden.....

Generell sieht die FARC diesen Umbau an als Mittel zur "Ausrottung und zum Verbot von clientelistischen, korrupten, kriminellen und mafiosen Strukturen, die das heutige politische Regime, das politische System und das Wahlverfahren auf regionaler Ebene charakterisieren. Diese Maßnahmen sind Teil der notwendigen demokratischen Restrukturierung des Staates sowie der Reform von Politik und Wahlrecht", unterstrich sie.

Regierung und FARC beenden am 10. August in Havanna ihre 12. Verhandlungsrunde. Das Thema der politischen Teilhabe der Guerrilla.....ist das zweite Kapitel des Verhandlungsprozesses, der im November letzten Jahres begann.